



HESSISCHER LANDTAG

21. 02. 2025

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Echte Bauwende für Hessen: Bürokratie abbauen, Kosten senken, Wohnraum schaffen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass das Bauwesen in Hessen durch übermäßige Regulierung unnötig verteuert und verzögert wird. Ideologisch motivierte Vorschriften erschweren den Wohnungsbau erheblich und müssen möglichst vollständig abgeschafft werden.
2. Der Landtag betont, dass der Erwerb von Wohneigentum nicht durch überhöhte Steuern erschwert werden darf. Vielmehr ist eine Entlastung der Bürger beim Erwerb von Eigenheimen oder Wohnungen dringend notwendig. Das sogenannte „Hessengeld“ ist dabei in seiner jetzigen Ausgestaltung als Ratenzahlung keine wirksame Hilfe.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die baurechtlichen Vorgaben konsequent zu reduzieren, um den Wohnungsbau zu erleichtern. Das heißt im Einzelnen, dass alle baurechtlichen Vorschriften, die keine sicherheitsrelevante Funktion haben, abzuschaffen sind.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bürokratische Hürden und lange Genehmigungsprozesse zu beseitigen, um Investitionen in den Wohnungsbau zu erleichtern:
 - Ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für Einfamilienhäuser und kleinere Mehrfamilienhäuser ist einzuführen.
 - Die Aufstockung bestehender Gebäude ist durch vereinfachte Genehmigungsverfahren zu fördern.
 - Schriftformerfordernisse sind abzuschaffen.
 - Der Baugenehmigungsprozess ist vollständig zu digitalisieren.
 - Kostengünstiges serielles Bauen ist durch standardisierte Genehmigungsverfahren zu erleichtern.
 - Flächenversiegelungs- und Grünflächenausgleichspflichten für Bauherren sind abzuschaffen.
5. Der Landtag stellt fest, dass eine staatliche Überregulierung nicht die Lösung der Wohnungsnot, sondern eine der zentralen Ursachen ist. Marktfreiheit und Technologieoffenheit sind die Schlüssel zu langfristig tragfähigen Lösungen.

Begründung:

Der Wohnungsbau in Hessen wird durch übermäßige Regulierung, lange Genehmigungsverfahren und ideologisch motivierte Vorschriften massiv behindert. Vorschriften zum Klimaschutz, zur Wärmedämmung und zu Energiestandards treiben die Baukosten künstlich in die Höhe, ohne einen echten Mehrwert für Bauherren zu schaffen. Gleichzeitig erschweren hohe Steuern und bürokratische Auflagen den Erwerb von Wohneigentum, wodurch immer mehr Bürger vom Eigentum ausgeschlossen werden.

Die Hessische Bauordnung muss entschlackt, alternative Baustoffe zugelassen und Bauherren von ideologischen Vorschriften befreit werden. Nur durch weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und mehr Freiheit und Offenheit kann das Wohnungsproblem langfristig gelöst werden.

Wiesbaden, 21. Februar 2025

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe